

Vortrag an den Ministerrat

Gesetzesbeschluss des Tiroler Landtages betreffend ein Gesetz, mit dem das Tiroler Campinggesetz 2001 geändert wird

Der Landeshauptmann von Tirol hat den im Betreff genannten Gesetzesbeschluss mit der Bitte vorgelegt, die Zustimmung der Bundesregierung zur Kundmachung zu erwirken. Die für die Verweigerung der Zustimmung offenstehende Frist endet am 13. April 2021.

Aus Art. I Z 2 (§ 4 Abs. 1) und 3 (§ 4 Abs. 11) des Gesetzesbeschlusses ergibt sich zunächst in Verbindung mit dem – von der Novelle nicht berührten – § 4 Abs. 10, dass in Bezug auf die Errichtung, den Austausch und die örtliche Veränderung von Mobilheimen (transportable Wohnobjekte samt Vordächern, Terrassen udgl. zur Unterbringung von Touristen) die Behörde unter bestimmten Umständen sofort notwendige Maßnahmen zur Beseitigung von Gefahren für das Leben oder die Gesundheit von Menschen oder die Sicherheit von Sachen zu setzen hat. In Verbindung mit dem – von der Novelle ebenfalls nicht berührten – § 14 Abs. 1 ergibt sich weiters, dass auf Ersuchen der Behörde die Organe des öffentlichen Sicherheitsdienstes bei der Ausübung von unmittelbarer verwaltungsbehördlicher Befehls- und Zwangsgewalt Hilfe zu leisten haben.

Das Bundeskanzleramt hat mit dem Gesetzesbeschluss das Bundesministerium für Inneres befasst. Bedenken gegen die Erteilung der Zustimmung zu dieser Mitwirkung wurden nicht geltend gemacht.

Ich stelle daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle beschließen:

Das Bundeskanzleramt wird ermächtigt, an den Landeshauptmann von Tirol folgendes Schreiben zu richten:

"An den
Herrn Landeshauptmann
von Tirol
Eduard-Wallnöfer-Platz 3
6020 Innsbruck

Mag. Dr. Brigitte WINDISCH
Sachbearbeiterin
brigitte.windisch@bka.gv.at
+43 1 531 15-643936

Ihr Zeichen:
VD-203/108-2021 vom 9.2.2021

Die Bundesregierung hat in ihrer Sitzung am XX. XXXX 2021 beschlossen, gemäß Art. 97
Abs. 2 B-VG die Zustimmung zu der im Gesetzesbeschluss vorgesehenen Mitwirkung von
Bundesorganen zu erteilen. "

18. März 2021

Mag.^a Karoline Edtstadler
Bundesministerin für EU und Verfassung